

**Erklärung
des Politischen Beratenden Ausschusses
der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages
zu Fragen der Festigung der Sicherheit
und Entwicklung
der friedlichen Zusammenarbeit in Europa**

Die Volksrepublik Bulgarien, die Deutsche Demokratische Republik, die Volksrepublik Polen, die Sozialistische Republik Rumänien, die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, die Ungarische Volksrepublik und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die auf der Beratung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Berlin vertreten sind, erörterten die in Europa bestehende Lage.

Die Beratung stellt mit Genugtuung fest, daß die Anstrengungen, die von den sozialistischen Ländern unternommen werden, wirksam zur Gesundung der Lage auf dem europäischen Kontinent und zur praktischen Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung beitragen.

Es wurde konstatiert, daß sich in der letzten Zeit in den Beziehungen zwischen den europäischen Staaten die Tendenzen zur Entspannung und zu einer umfassenden gutnachbarlichen Zusammenarbeit immer mehr durchsetzen.

Die auf der Beratung vertretenen Staaten begrüßen einen solchen Verlauf der Entwicklung der europäischen Angelegenheiten, der den Interessen aller Länder Europas, großer wie kleiner, und der Gewährleistung eines dauerhaften Friedens in der ganzen Welt entspricht. Sie beabsichtigen, auch künftig zur Erweiterung und Vertiefung gegenseitig vorteilhafter Beziehungen mit anderen Staaten Europas beizutragen, die ihrerseits bereit sind, eine Politik der internationalen Entspannung zu verfolgen. Es wurde erneut auf die Notwendigkeit verwiesen, in den Beziehungen zwischen allen Staaten die Prinzipien der Unabhängigkeit, der Souveränität, der territorialen Integrität, der Gleichberechtigung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer strikt einzuhalten.